

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/116

23. Juni 1971

Politunterricht für CDU-Politiker

Lösung oder Regelung des Berlin-Problems?

Seite 1 / 42 Zeilen

SED-Führung unter Zugzwang

Willi Stoph kündigte höheren DDR-Lebens-
standard an

Seite 2 und 3 / 71 Zeilen

Hilfen für Behinderte in Hessen

Grundsatz: Soziale Verantwortung

Von Dr. Horst Schmidt
Sozialminister des Landes Hessen

Seite 4 und 5 / 62 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und

Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn P, Heussallee 2-10
Postfach: 9159
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 8037-36
Telex: 888 848/888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Politunterricht für CDU-Politiker

Lösung oder Regelung des Berlin-Problems?

Wenn wir Glück haben, dann wird es durch eine Vereinbarung der Vier Mächte in der mehr oder minder absehbaren Zeit, die ihre Sprecher ankündigen, eine Berlin-Regelung geben, die für alle Beteiligten akzeptabel, hoffentlich sogar befriedigend sein wird. Diese Regelung faßt von Anfang an eine genau umrissene Zahl von Sachproblemen ins Auge, die der aktuellen Erleichterung der Verkehrs- und sonstigen Lage der Westberliner und Westberlins dienen und damit in einem besonders prekären Bereich der internationalen Politik zu der so dringend notwendigen Ost-West-Entspannung beitragen sollen. Die immer intensiver werdende Verknüpfung des Berlin-Problems und seiner Regelung mit der internationalen Entwicklung ist also weltweit deutlich und seine behutsame Behandlung auch im Verbalen ohne ständige Beanspruchung zu anderen Zwecken mehr als begreiflich und dringend geboten.

Der Oppositionsführer im Bundestag, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Candidus Barzel, hat in einer neuen und dennoch kaum noch neuen Ostpolitik-Erklärung auch das Berlin-Problem aufgegriffen und ausweislich einer fraktionsoffiziellen Verlautbarung von einer "befriedigenden Berlin-Lösung" gesprochen. Diese "Lösung" soll, so Barzel, die Anerkennung der Realitäten durch die Sowjetunion bringen. In dem Fraktionstext fehlt, zweifellos aus Versehen, der als sicher anzunehmende Zusatz Dr. Barzels, daß die Anerkennung der Realitäten allseits erfolgen müßte. Aber das beiseite! Da keine Korrektur der Fraktionserklärung der CDU/CSU vorliegt, hat Dr. Barzel offenbar wirklich von einer Berlin-"Lösung" gesprochen, die von der CDU/CSU erwartet werde.

Was nun aber tatsächlich zur Debatte, zur Verhandlung und zur Absprache steht, ist eine Regelung des Berlin-Problems. Die Zeit und die Sachumstände sind nicht reif für eine Lösung, die daher auch von keiner beteiligten Seite angestrebt wird und angestrebt werden kann. Eine Lösung des Berlin-Problems im allseitigen Einverständnis und mit allgemeiner Zustimmung wird sich zu dem Zeitpunkt ergeben und anbieten können, in dem die Europa-Frage insgesamt zur Lösung ansteht. Die Barzelsche Version also, heute eine - dann freilich isolierte - "Lösung" der Berlin-Frage zu fordern, ist eine bianke Fiktion, und dies leider nicht nur im Verbalen.

Diese Begriffsverwirrung ist alles andere als hilfreich und kein guter Beitrag zu den Bemühungen um die Normalisierung und Entspannung des überstrapazierten Ost-West-Verhältnisses.
(ee/ex/23.6.1971/ks)

* * *

SED-Führung unter Zugzwang

Willi Stoph kündigte höheren DDR-Lebensstandard an

Die Staatspartei der DDR, die kommunistische SED, hat sich viel vorgenommen. Sie will innerhalb des nächsten Jahrfünfts, so verkündete es Ministerpräsident Willi Stoph auf dem VIII. Parteitag der SED in Ostberlin, eine beträchtliche Erhöhung des Lebensstandards erreichen. Das Schwergewicht liegt in der Erhöhung der Konsumgüter. In Zahlen ausgedrückt sieht der Plan vor: Eine Erhöhung des Nationaleinkommens um 126 bis 128 vH., der Verbrauchereinkommen um 121 bis 123 vH., eine Steigerung der industriellen Warenproduktion um 134 bis 137 vH. sowie Lohn- und Rentenerhöhungen bei gleichzeitigem Festhalten der Verbraucherpreise für Konsumgüter auf dem gegenwärtigen Niveau. Das ist gewiß ein ehrgeiziges Programm. Über seine Verwirklichung kann beträchtliche Skepsis bestehen, doch an der ernstesten Absicht der DDR-Führung, möglichst nahe an die Realisierung der Zielvorstellungen heranzukommen, läßt sich nicht zweifeln. Im vielzitierten Wettkampf der Systeme steht die SED-Führung unter Zugzwang. Sie kann sich eine Ausweitung der Kluft im Lebensstandard zwischen den beiden deutschen Staaten nicht leisten. Sie will sie verengen.

Im Vergleich zum Lebensstandard der übrigen Staaten des Warschauer Paktes nimmt die DDR eine bevorzugte und auch beneidete Stellung ein. Hier leben die Menschen besser, verfügen trotz aller bürokratischen Fehlplanungen und dadurch bedingten Schwierigkeiten über mehr Konsumgüter als ihre Pakt-Nachbarn und sie haben auch beträchtliche Sparguthaben. Unter allen Ostblock-Staaten stellt die DDR im Vergleich zur Bevölkerungszahl die meisten Urlauber, die ihre Ferien außerhalb der Landesgrenzen verbringen, freilich nicht im Westen. Das verbietet die Staatsräson. Nur Privilegierte und absolut Systemtreue dürfen ihren Urlaub im Westen verbringen.

Die Blicke der DDR-Bevölkerung richten sich freilich nicht nach dem Osten, sondern nach dem Westen, wenn es um Vergleiche des Lebensstandards geht. Hier zieht die DDR, obwohl sie dank der unermüdlischen Tüchtigkeit und Leistung ihrer Arbeitnehmer

viel aufgeholt hat, in den meisten Bereichen den Kürzeren. Es gibt sehr beträchtliche Unterschiede zur Bundesrepublik, wobei man nicht gerade die Zahl der Autos als Wertmaßstab und Leitbild heranziehen muß. Die SED-Führung ist sich dieses Unterschiedes wohl bewußt. Sie propagiert und praktiziert zwar eine möglichst weitgehende Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, sie predigt sogar Haß, doch die Begrenztheit ihres Bemühens zeigt sich im ökonomischen Feld. Auch die DDR-Bevölkerung will endlich als Nutznießer am wirtschaftlichen Wachstum teilnehmen. Auch sie will ihr Leben reicher, schöner, menschlicher und angenehmer gestalten, will besser wohnen, ihre Lebenserwartungen steigern und das Alter möglichst frei von Sorgen und Not wissen. Hier gibt es, wenn man so will, zwangsläufig zwischen den beiden Teilen Deutschlands eine Identität von gemeinsamen Interessen, von Wünschen und Sehnsüchten über alle ideologischen Barrieren hinweg.

Die SED unter der Führung Erich Honeckers versucht nun auf ihre Weise und mit ihren Methoden diesen Grundströmungen, gegen die sie sich nicht stemmen kann, wenn sie nicht jeden Rückhalt in der Bevölkerung verlieren will, gerecht zu werden. Im Wettlauf der Systeme kann sie nicht zurückbleiben. Sie braucht, um ihn durchzuhalten, einen langen Atem, Geschmeidigkeit und praktizierten Realitätssinn. Wir haben den Ausgang dieses Ringens zwischen beiden deutschen Staaten auf diesem Gebiet nicht zu befürchten, solange wir den Auftrag des Grundgesetzes ständig zu erfüllen trachten, den sozialen Rechtsstaat unter stets wechselnden Bedingungen weiter zu entwickeln. Im friedlichen Wettstreit um die Wohlfahrt der Menschen liegen in unserem freiheitlich sozial orientierten System die besseren Voraussetzungen.

Diesen Grundunterschied vermag keine Verkündung von Selloziffern auf dem VIII. SED-Parteitag zu verdecken und auch nicht die politische Zweckbestimmung, die dahinter steckt. Die Existenz der Bundesrepublik ist und bleibt für die DDR eine ständige Herausforderung, der sie sich nicht entziehen kann und der sie auf ihre Art zu begegnen versucht. Wenn dabei das allgemeine Los der Menschen im anderen deutschen Staat auf deutschem Boden verbessert wird, kann dies nur alle erfreuen.

Albert Exler
(-/ex/23.6.1971/xs)

+ + +

Hilfen für Behinderte in Hessen

Grundsatz: Soziale Verantwortung

Von Dr. Horst Schmidt
Sozialminister des Landes Hessen

Die Politik der hessischen Landesregierung wird bestimmt vom Grundsatz der sozialen Verantwortung, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Danach hat jeder Bürger unseres Landes Anspruch auf volle Entfaltung seiner Anlagen und Fähigkeiten. Das gilt auch ganz besonders für diejenigen, die körperlich, geistig oder seelisch behindert sind.

Die Erkenntnisse und Fortschritte der Medizin bei der Früherkennung und der Behandlung von Behinderten sowie die gewandelten Anschauungen über die Möglichkeiten der Bildung und Eingliederung der behinderten Menschen können nur wirksam werden, wenn die Bemühungen und Anstrengungen der Gemeinschaft um eine Verbesserung ihrer Lebenssituation verstärkt werden. Um dies zu erreichen, ist in erster Linie die Bereitstellung der notwendigen Einrichtungen erforderlich.

Das Land Hessen wird im Rahmen des Landesentwicklungsplanes "Hessen 80" auf einen wesentlich verstärkten Bau neuer und den Ausbau und die Modernisierung bestehender Einrichtungen für Behinderte hinwirken. Nach der in Ergänzung zum Landesentwicklungsplan von meinem Haus erstellten Fachplanung soll ein möglichst geschlossenes System von Behinderteneinrichtungen geschaffen werden, das alle Teilbereiche der Rehabilitation einbezieht. Die 9.500 vorhandenen Plätze in diesen Einrichtungen sollen in den nächsten Jahren um 5.350 erhöht werden. Allein in diesem Jahr werden wir die institutionelle Förderung durch die Erhöhung der Landeszuschüsse auf über sechs Millionen Mark einschließlich Bindungsermächtigungen verbessern und damit ein Baukostenvolumen von rund 23 Millionen Mark erreichen. 20 Zuwendungen für örtliche und 14 für überörtliche Einrichtungen sind in diesem Jahr vorgesehen.

Im Mittelpunkt der institutionellen Maßnahmen steht die

Planung der als Tagesstätten betriebenen Einrichtungen, wie Behandlungszentren, Sonderkindertagesstätten und Werkstätten, weil sie es ermöglichen, die Behinderten in ihrer Familie zu belassen. Allein in diesen Tageseinrichtungen sollen für körperlich und geistig Behinderte weitere 4.000 neue Plätze entstehen. Aber auch für Gehörlose und Hörbehinderte sind neue Tagesstätten geplant. In überregionalen Anstalten und Heimen werden wir - teilweise in Modelleinrichtungen auf Bundesebene - für 1.200 Behinderte neue Betreuungsmöglichkeiten schaffen.

Für die Verwirklichung dieser Planung ergeben sich Gesamtkosten von über 150 Millionen Mark, von denen das Land mehr als die Hälfte tragen wird. Schließlich wird im Rhein-Main-Gebiet ein neues Rehabilitationszentrum für die berufliche Wiedereingliederung erwachsener Behinderteter mit einem Gesamtkostenaufwand von 45 Millionen Mark gebaut werden.

Die große Bedeutung, die die hessische Landesregierung der Eingliederung der behinderten Menschen beibringt, wird aber auch durch die Gewährung von Landeszuschüssen zu den Betriebskosten der halboffenen Einrichtungen und zu den Erholungsmaßnahmen unterstrichen. Beide Förderungsmaßnahmen dienen über den Rahmen der bundesrechtlichen Bestimmungen hinaus der finanziellen Entlastung der Eltern. Sie sollen wissen, daß sie mit ihren Sorgen und Nöten nicht alleinstehen, daß die Gesellschaft und der Staat bemüht sind, ihnen einen Teil der Last abzunehmen und ihren Kindern zu helfen, einen angemessenen Platz in der Gemeinschaft zu finden.

Alle materiellen Hilfen werden letztlich jedoch nicht zur erfolgreichen Eingliederung der behinderten Menschen in die Gesellschaft führen, wenn es nicht gelingt, die in der Öffentlichkeit oftmals noch bestehenden Vorurteile gegenüber den Behinderten weiter abzubauen. Unsere Behinderten sollen sich als vollwertige Mitglieder der modernen Gesellschaft verstehen. Hierzu muß jede Chance genutzt werden.

(-/ws/23.6.1971/bgy)